

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibundstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 8. Oktober 1927

Nummer 81

Versicherungsträger und -behörden in der Sozialversicherung

Das Gesetz über Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, dem Angestelltenversicherungsgesetz und dem Reichsinvaliditätsgesetz vom 8. April 1927 bringt neben wichtigen Änderungen des Wahlmodus eine Zusammenfassung der Wahlverfahren. Schon daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Versicherten dem ganzen Fragenkomplex erhöhte Interesse entgegenbringen. Die Sozialversicherung als solche verdient aber auch um deswillen starke Beachtung, weil ihre Einrichtungen von einschneidender Bedeutung für die Arbeiterschaft und ihre Angehörigen sind, und weil den Versicherten wenigstens zum Teil ein umfassendes Mitwirkungsrecht gewährleistet ist. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen soll nachstehend der Aufbau der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden geschildert werden.

Für die einzelnen Versicherungszweige sind selbständige Versicherungsträger vorgesehen. Träger der Krankenversicherung sind die Krankenkassen, die öffentlich-rechtliche Körperschaften ohne Behördeneigenschaft sind. Reichs- und Landeskrankenkassen sind die Allgemeinen Ortskrankenkassen, die besonderen Ortskrankenkassen, die Betriebs- und Innungskrankenkassen. Daneben bestehen sogenannte Ersatzkrankenkassen. Auch der Reichsinvaliditätsversicherung, dem die Krankenversicherung der in knappschaftlichen Betrieben Beschäftigten obliegt, ist reichsgegliederter Versicherungsträger.

Organe der Krankenkassen sind der Vorstand und der Ausschuss. Der Vorstand verwaltet die Kasse, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Der Ausschuss beschließt über alles, was nicht Gesetz, Satzung oder Dienstordnung dem Vorstand zuweist. Vorstand und Ausschuss bestehen zu zwei Dritteln aus Versicherten. Bei den Innungskrankenkassen bestehen Vorstand und Ausschuss je zur Hälfte aus Unternehmern und Versicherten, falls die Satzung die Verteilung der Beitragslast je zur Hälfte vorseht.

Die Vertreter der Unternehmer und der Versicherten werden auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen von Unternehmern oder von Arbeitern oder von Verbänden solcher Vereinigungen nach den Grundregeln der Verhältniswahl gewählt. Diesen Vorschlagslisten stehen gleich bei der Wahl zum Ausschuss und Vorstand der Krankenkassen solche Vorschlagslisten von Unternehmern oder von Versicherten, welche die in der Satzung festgesetzte Zahl von Unterschriften tragen; die Festlegung bedarf der Zustimmung der für die Genehmigung zuständigen Versicherungsbehörde. Bei der Wahl zum Vorstand der Krankenkassen stehen obigen Vorschlagslisten auch solche Vorschlagslisten gleich, die mindestens zwei Unterschriften von Vertretern der Unternehmer oder der Versicherten im Ausschuss tragen. Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Vorstandsmitglieder werden von den Unternehmer- und Versichertenvertretern im Ausschuss getrennt aus ihrer Gruppe gewählt. Diese Wahlen sind geheim und finden nach der Verhältniswahl statt. Die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder dürfen nicht zugleich besoldete Beamte der Kasse sein. Die zu wählenden Vorstandsmitglieder brauchen nicht Mitglieder des Ausschusses zu sein. Der Vorsitzende des Vorstandes sowie seine Stellvertreter werden aus der Mitte des Vorstandes in ungetrennter Wahl gewählt.

Bei den Betriebskrankenkassen besteht der Ausschuss und der Vorstand aus dem Unternehmer oder seinem Vertreter und Vertretern der Versicherten. Den Vorsitz in beiden Organen führt der Unternehmer oder sein Vertreter. Während der Ausschuss bei den Orts- und Landeskrankenkassen aus höchstens 90 Vertretern besteht, sind bei den Betriebskrankenkassen höchstens 50 Vertreter der Versicherten vorgesehen. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter wird bei Innungskrankenkassen von der Innung aus den Vorstandsmitgliedern bestellt.

Träger der Invalidenversicherung sind die Landesversicherungsanstalten. Ihre Organe sind der Vorstand und Ausschuss. Die Geschäfte des Vorstandes führen ein oder mehrere Beamte. Als nicht beamtete Mitglieder gehören dem Vorstand Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in gleicher Zahl an. Ist die Zahl der beamteten Mitglieder größer als die Zahl der nichtbeamteten, so

scheiden bei der Beschlussfassung so viel beamtete Mitglieder aus, daß die nichtbeamteten Mitglieder in der Mehrzahl sind. Der Ausschuss besteht je zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer und Versicherten und zählt mindestens zehn Mitglieder. Dem Ausschuss steht u. a. zu, die nichtbeamteten Vorstandsmitglieder zu wählen, den Vorantrag festzusetzen, die Jahresrechnung abzuschließen und die Satzung zu ändern.

Gewählt werden die Versichertenmitglieder des Ausschusses von den Ausschussmitgliedern der Krankenkassen, und zwar nach den Grundregeln der Verhältniswahl und auf Grund von Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen.

Die Durchführung der Unfallversicherung obliegt den Berufsgenossenschaften. Sie haben das Recht der Selbstverwaltung. Ihre Organe sind der Vorstand und die Genossenschaftsversammlung. Mitglieder derselben sind grundsätzlich nur Unternehmer. Die Satzung einer Genossenschaft kann jedoch bestimmen, daß Vertreter der Versicherten ihrem Vorstand bzw. dem Sektionsvorstand mit Stimmrecht angehören. Nach § 853 RVO. hat andererseits der Genossenschaftsvorstand zur Beratung und zum Beschluss über Unfallverhütungsvorschriften Vertreter der Versicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zuzuziehen. Gewählt werden die Versichertenvertreter von den Versichertenmitgliedern in den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten.

Die Versicherten sind neuerdings bei der Feststellung der Leistungen der Unfallversicherung beteiligt. Die Verordnung über Vereinfachungen in der Sozialversicherung vom 30. Oktober 1923 schuf einen § 1669b in der Reichsversicherungsordnung, wonach bis zum 15. November 1923 bei jeder Berufsgenossenschaft Einrichtungen getroffen werden mußten, die sicherstellen, daß an der förmlichen Feststellung der Leistungen mindestens ein Vertreter der Versicherten beteiligt wird. Über die Wahl dieser Vertreter ist nichts festgelegt. Das Nähere bestimmt die Satzung, heißt es in dem erwähnten § 1669b. Durchweg sind Feststellungskommissionen gebildet, die aus einem Vorsitzenden (Mitglied des Genossenschaftsvorstandes) und einem der Genossenschaft angehörenden Unternehmer und einem bei der Genossenschaft versicherten Arbeitnehmer bestehen. Die Versichertenvertreter werden meistens aus der Zahl der Versichertenvertreter bei der Mitwirkung der Unfallverhütung entnommen, teilweise daneben auch aus den Mitgliedern der Organe der Krankenkassen.

Träger der Angestelltenversicherung ist die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Ihre Organe sind das Direktorium, der Verwaltungsrat und die Vertrauensmänner. Das Direktorium vertritt die Reichsversicherungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich. Es besteht aus einem Präsidenten, seinem Stellvertreter und weiteren beamteten Mitgliedern sowie aus je drei Vertretern der Versicherten und der Unternehmer. Die beamteten Mitglieder werden vom Reichspräsidenten ernannt. Die ehrenamtlichen Direktionsmitglieder wählt der Verwaltungsrat nach den Grundregeln der Verhältniswahl.

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten des Direktoriums oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden und mindestens je zwölf Vertretern der Versicherten und der Unternehmer. Er hat ähnliche Befugnisse wie der Ausschuss der Landesversicherungsanstalten. Gewählt wird er von den Vertrauensmännern auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen.

Die Vertrauensmänner werden in einer Zahl von mindestens sechs für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde von den Versicherten und den Unternehmern gewählt. Sie bilden das Bindeglied zwischen den Versicherten und der Reichsversicherungsanstalt. Auch sie werden nach den Grundregeln der Verhältniswahl auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen gewählt. Diesen Listen stehen solche gleich, die die in der Wahlordnung vorgesehene Zahl von Unterschriften tragen.

Als aufsichtsführende und rechtsprechende Instanzen hat die Reichsversicherungsordnung Versicherungsbehörden eingerichtet. Wir haben Versicherungsämter, Oberversicherungsämter, das Reichsversicherungsamt und Landesversicherungsämter. Diese sind auch für die Angestelltenversicherung zuständig, soweit die Rechtsprechung in Frage kommt.

Die Versicherungsämter werden bei der unteren Verwaltungsbehörde als besondere Abteilungen eingerichtet. Das Aufsichtsrecht erstreckt sich darauf, daß Gesetz und Satzung so beobachtet werden, wie es der Zweck der Versicherung erfordert. Bei Streit über Leistungen aus der Krankenversicherung entscheidet es in erster Instanz. Jedes Versicherungsamt bildet Beschluss- und Spruchauschüsse, zu denen Beisitzer der Unternehmer und Arbeiter gehören. Der Ausschuss entscheidet in der Besetzung mit dem Vorsitzenden des Versicherungsamts und je einem Beisitzer der Unternehmer und Versicherten. Insgesamt sind mindestens 12 Beisitzer zu wählen. Sie werden gewählt von den Ausschussmitgliedern der Krankenkassen, die im Bezirk des Versicherungsamts mindestens 50 Mitglieder haben. An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder der Ersatzkassen und Seemannskassen. Die Stimmzahl einer Kasse richtet sich nach ihrer Mitgliederzahl im Bezirk. Soweit Ausschüsse für Angestelltenversicherung vorhanden sind, werden die Beisitzer vom Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt gewählt.

Die Oberversicherungsämter nehmen die Geschäfte der Reichsversicherung als höhere Spruch-, Beschluss- und Aufsichtsbehörde wahr. Sie werden in der Regel errichtet für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde (in Preußen eines Regierungsbezirks). Sie entscheiden gegen Bescheide der Träger der Unfall- und Invalidenversicherung sowie gegen Urteile der Versicherungsämter als Berufungsinstanz sowie auf Beschwerde gegen Entscheidungen dieser Stellen, ebenso auf weitere Beschwerde gegen Entscheidungen der Vorstände der Krankenkassen. Das Oberversicherungsamt hat Spruch- und Beschlusskammern. Erstere bestehen aus einem Mitglied des Oberversicherungsamts als Vorsitzendem und je einem Beisitzer der Versicherten und der Unternehmer. In Beschlusskassen tritt zu dem Vorsitzenden noch ein weiteres Mitglied des Oberversicherungsamts. Die Zahl der Beisitzer beträgt insgesamt in der Regel 40.

Die Beisitzer werden gewählt von den Unternehmern und den Versichertenmitgliedern der Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten. Sowohl bei den Versicherungsämtern wie den Oberversicherungsämtern geschieht die Wahl nach den Grundregeln der Verhältniswahl auf Grund von Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer oder der Arbeiter oder von Verbänden solcher Vereinigungen. Beisitzer einer Kammer für Angestelltenversicherung wählt der Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt.

Das Reichsversicherungsamt fungiert als oberste Spruch-, Beschluss- und Aufsichtsbehörde. In Spruchsachen entscheidet es als Rekurs- oder Revisionsinstanz. Für Bayern, Sachsen und Baden tritt an die Stelle des Reichsversicherungsamts das Landesversicherungsamt. Beide oberste Behörden bestehen aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern. Das Reichsversicherungsamt hat 32 nichtständige Mitglieder. Acht von ihnen wählt der Reichsrat, je zwölf werden als Vertreter der Unternehmer und der Versicherten gewählt. Hinzu treten 12 nichtständige Mitglieder aus Versicherten und Unternehmern der Angestelltenversicherung, ferner zwei vom Reichsrat gewählte nichtständige Mitglieder, die in die Senate für Angestelltenversicherung eintreten. Bei den Landesversicherungsämtern sind mindestens je acht nichtständige Mitglieder zu wählen. Die nichtständigen Beisitzer werden je von den Unternehmern und den Versichertenmitgliedern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten und in den entsprechenden Vertretungen der Sonderanstalten mit Ausnahme des Reichsinvaliditätsvereins gewählt. Auch ist die Verhältniswahl auf Grund von Vorschlagslisten der beiderseitigen wirtschaftlichen Vereinigungen vorgeschrieben. Die Wahl der Vertreter der Unternehmer und Arbeiter der Angestelltenversicherung nimmt wiederum der Verwaltungsrat vor.

Wie schon in Nr. 34 des „Korr.“ mitgeteilt, finden die gesamten Wahlen für die Dauer von fünf Jahren statt und alle Wahlzeiten enden einheitlich mit dem Schlusse des Jahres 1932. In einem Rundschreiben vom 25. Mai 1927 beschäftigt sich der Reichsarbeitsminister mit der Durchführung der Wahlen. Danach läuft die Amtsdauer der jetzt im Inhaber der Ehrenämter der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes bis zum Schlusse des Jahres 1927. Für die neue Wahlzeit müssen grundsätzlich überall Neuwahlen stattfinden. Eine

Ausnahme ist nur insofern vorgesehen, als unmittelbare Wahlen, die mit Wirkung vom 1. Januar 1920 oder die seit diesem Tage stattgefunden haben, und mittelbare Wahlen, die im Anschluß an solche unmittelbaren Wahlen durchgeführt sind, nicht wiederholt zu werden brauchen. Für die auf Grund solcher Wahlen im Amt Befindlichen endet die Amtsdauer daher auch erst mit dem Schluß des Jahres 1932. Als unmittelbare Wahlen gelten die Wahlen der Ausschussmitglieder der Krankenkassen, die Vertreter in der Genossenschaftsversammlung der Berufsgenossenschaften, des Vorstandes solcher Berufsgenossenschaften, bei denen die Genossenschaftsversammlung nicht aus Vertretern besteht und im Angestelltenversicherungsgesetz die Wahlen der Vertrauensmänner. Vor dem Schluß des Jahres 1927 sind (soweit nicht nach obigen eine Ausnahme gilt) durchgeführt die Wahlen zum Ausschuss der Krankenkassen, der Vertreter zur Genossenschaftsversammlung der Berufsgenossenschaften und der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung, mit Beginn des Jahres 1928 alle übrigen Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz. Rpl.

Das Genossenschaftswesen

Die genossenschaftliche Organisation der Wirtschaft

Man wird nicht behaupten können, daß in unsern heute noch vorherrschend privatkapitalistischen Wirtschaftssysteme so etwas wie eine organisatorische Ordnung vorhanden wäre. Insbesondere eine Ordnung, die dem Interesse der Allgemeinheit dienen könnte. Und die Auffassung, daß die in Überzahl vorhandenen Trusts, Kartelle und Syndikate schon so etwas wie sozialistischer „Bordau“ wären, darf nicht zu dem falschen Schluß führen, als ob dies wirklich auch schon eine gewisse wirtschaftliche Ordnung darstellte. Denn es bleibt der Kapitalprofit der bewegende Faktor, dem alle Ordnungen, Organisations- und Zweckmäßigkeitsfragen untergeordnet sind. Deshalb auch heute noch nicht das deutsche Unternehmertum den Standpunkt überwunden hat, als ob niedrige Löhne und längere Arbeitszeit ein belebender Produktionsfaktor wären und nicht die Kaufkraft des Einkommens der großen Verbraucherkrassen. Die Ordnung, die das kapitalistische Wirtschaftssystem eingeführt hat, entspricht noch immer dem Marx'schen Kriterium der privatkapitalistischen Ökonomie, die in Überproduktion und Unterkonsumtion sich auswirkt und Planlosigkeit, d. h. Anordnung der Volkswirtschaft, bedeutet.

Die Wirtschaft ist Organismus; sich veränderndes, wachsendes — organisches Leben. Und ihre „Organisation“ kann nur in dem wachsenden Organismus der Gesellschaft bestehen, welcher sich selbst entwickelt und weiterbildet, bis er zu der Grenze gekommen ist, wo die Wirtschaft sich auf ihn stützen, nach ihm richten — organisiert werden kann.

Ein Beispiel dieses wachsenden gesellschaftlichen Organismus mit organisierter Wirtschaft bieten zweifellos die Konsumgenossenschaften und ihre Verbände und Zentralverbände. Noch zu Anfang der 1890er Jahre gab es in dem Deutschland mit etwa 50 Millionen Einwohnern kaum mehr als 800 000 Haushaltungen, die den Konsumgenossenschaften angehörten waren; in dem heutigen Deutschland mit seinen 62 Millionen Einwohnern aber gibt es rund vier Millionen Haushaltungen, die konsumgenossenschaftlich — organisiert sind. D. h. während die Bevölkerung des heutigen Deutschland nur um etwa 20 Proz. zugenommen hat, ist die konsumgenossenschaftliche Organisation vervielfacht worden (Zunahme = 400 Proz.).

Und nun zeigt die Organisationsstatistik der Konsumgenossenschaften auch bereits die Organisation der Wirtschaft. Man kennt in ihren Verwaltungen genau den Bedarf der Haushaltungen, weil man deren Zahl kennt; weil man deren Bedürfnisse und Gewohnheiten durch Erfahrung und Statistik kennengelernt hat. Auf dieser Kenntnis der Dinge und der Menschen durch Organisation, Erfahrung und Statistik wird der Warenbezug organisiert und geregelt; die konsumgenossenschaftlichen Produktbetriebe arbeiten nicht für den offenen Markt, gegen die Konkurrenz, sondern nur für den erfahrungsgemäß und statistisch festgestellten Bedarf.

In entsprechendem Ausmaß der genossenschaftlichen Organisation und der konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen — auf nationaler Stufenleiter, sagt Marx — entwickelt sich die organisierte Volkswirtschaft. Die Grundlagen hierfür — organisatorische und wirtschaftliche — sind vorhanden. Schon hat die konsumgenossenschaftliche Statistik festgestellt, daß von den 15 494 946 deutschen Haushaltungen, die bei der Volkszählung im Juni 1925 als vorhanden festgestellt wurden, rund 3 1/2 Millionen = etwa 23 Proz. konsumgenossenschaftlich organisiert sind. Und sie hat ferner festgestellt, daß die einzelnen Länder und Provinzen verschiedenartig an diesem Durchschnitt beteiligt sind. So der Verband Thüringer Konsumvereine bei 662 723 Haushaltungen mit 227 894 = 40,49 Proz., der Verband württembergischer Konsumvereine bei 632 708 Haushaltungen mit 218 091 = 34,56 Proz. und der Verband sächsischer Konsumvereine bei 1 403 415 Haushaltungen mit 128 330 = 30,05 Proz. — um nur die an der Spitze stehenden zu nennen.

Die Genossenschaftsstatistik stellt nun aber weiter fest, daß das Verhältnis der konsumgenossenschaftlich organisierten Haushaltungen zu der Wohnbevölkerung in den Verteilungsstellenbezirken der Konsumvereine ein weit stärkeres ist, als der Reichsdurchschnitt und die allgemeinen Vergleiche in Ländern und Provinzen erkennen lassen. So

schwankt die Verhältniszahl in Württemberg zwischen 30 und 94 Proz., und das Endresultat zeigt bei 404 453 Haushaltungen insgesamt in den Verteilungsstellenbezirken einen Anteil von 211 075 = 52,2 Proz. konsumgenossenschaftlich organisierter Haushaltungen.

Auf solchen Grundlagen und Unterlagen kann und wird sich die organisierte Volkswirtschaft entwickeln, denn sie wird Bedarfswirtschaft sein und weder Überproduktion noch Unterkonsumtion kennen.

Die nach den Grundzügen der Rochdaler Planiere richteten Konsumgenossenschaften in aller Herren Länder können das unbedingte Verdienst im Anspruch nehmen, die Barzahlung an Stelle des Bargelds gesetzt zu haben. Millionen von Arbeiterhaushaltungen waren dem Händler und dem Wirt und durch die Fabrikantente dem Unternehmer verschuldet. Dies schuf nicht nur materielle, son-



Stünzig Jahre Verbandsmitglied



E. D. Julius Biehler in München
Eingetretten: 9. Oktober 1877 in Freiburg
jetzt Privatide.



dern auch moralische Abhängigkeit. Und wer noch etwas von der Zeit vor 40 bis 50 Jahren kennt, weiß, wie gedrückt es in den Arbeiterhaushaltungen zuging, wo der Pimp die Halbskaff nicht zum Aufstehen kommen ließ und wo der Arbeiter bedrückt vom Meister und Unternehmer stand, dem er seine Arbeitskraft als Produzent und als Konsument, also abtrotzt, verkaufte hatte.

Wenn dies heute ganz anders geworden ist, so hat man es neben der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung dem Einfluß der Barzahlung in den Konsumgenossenschaften zu danken. Und frei bewegt sich, wenn auch allzuoft entsprechend der allgemeinen Not der Zeit in dürftigen Verhältnissen, Weib und Mann, zu Hause und in Werkstatt und Fabrik. Ein unbedingter volkswirtschaftlicher und sozialer, kultureller Gewinn für die Gesamtheit eines Volkes. Er ist erzielt worden durch die Beseitigung des Bargelds, durch die Erzielung von Ersparnissen mittels Barzahlung im „Konsum“, durch die automatische Regulierung der allgemeinen Warenpreise, soweit sie durch das Warenverteilungssystem der Konsumgenossenschaften einer vergleichbaren Kontrolle unterworfen waren, und heute noch sind.

Es sind einige Milliarden Reichsmark, die in den letzten 25 bis 30 Jahren der deutschen Volkswirtschaft erspart geblieben sind und welche mit dazu beitragen, das soziale Niveau des Volkes zu heben. Diese Wirkung der konsumgenossenschaftlichen Unternehmungsform wird sich in einigen Jahren auch an der durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft zeigen. Wie ja allmählich auch jetzt schon bekannt ist, daß in all dem Wirrwarr der Nachkriegs- und Inflationszeit die Konsumgenossenschaften am besten standgehalten haben und den nützlichsten Helfer für die großen Verbraucherkrassen bildeten.

Auch noch auf einem andern, leider nur allzu wenig beachteten und geschätzten Gebiete erweist sich die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung. Es ist ja allgemein bekannt, daß die Angestellten- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumgenossenschaften im Durchschnitt auf wesentlich höherem Niveau stehen als in der Privatwirtschaft. Dies gilt sowohl von reinen Einkommen wie von der Arbeits- und Urlaubszeit. Überall sind in den Konsumgenossenschaften Gehalt und Löhne höher als im vergleichbaren Privatbetrieb; nirgends wird die 48-Stunden-Woche überschritten, ja für manche Arbeiterkategorien in den Konsumgenossenschaften besteht die 45-46stündige Arbeitszeit. Und wie müssen die Gewerkschaften großer Branchen kämpfen, um die 48-Stunden-Woche wieder zu gewinnen, die der Unternehmer in den schlechtesten Konjunkturlagen bis auf 74 Stunden hinaufgeschraubt hat — ohne höhere Löhne zu zahlen, als sie bei den Konsumgenossenschaften gezahlt werden. Vom Urlaub nicht zu reden, der im Genossenschafts-

betrieb verbürgte Selbstverständlichkeit ist, im Privatbetrieb — Seltenheit.

Diese Tatsachen bedeuten aber nicht nur unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Nutzen für etwa 50 000 Angestellten- und Arbeiterfamilien, obwohl es einen keineswegs klein zu achtenden Erfolg der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsführung bedeutet, denn in der Summierung bedeutet er Millionen. Die entscheidende soziale Bedeutung für die Bewertung dieser Tatsache liegt darin, daß den Gewerkschaften im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen außer den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Argumenten die Tatsache zur Seite steht, daß eine in stärker wirtschaftlicher Konkurrenz stehende Wirtschaftsform bereits vorbildliche Arbeitsverhältnisse besitzt. Weil es eine demokratische Wirtschaftsform ist.

Der deutsche Außenminister Stresemann hat in seinem vor dem Genfer Kongreß des Völkerbundes gehaltenen offiziellen Referat über die Resultate der im Mai d. J. ebenfalls in Genf abgehaltenen Weltwirtschaftskonferenz den zum ersten Male seit 60 Jahren abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsvertrag als eine aus jener Konferenzatmosphäre entstandene Tat bezeichnet. Er wollte damit in eindringlicher Weise kundtun, von welcher praktischer Bedeutung solche meist pessimistisch und oft genug höhnisch bewerteten Weltkonferenzen sein können.

Diese Tatsache gibt Gelegenheit, auf ein andres, die Gewerkschaftler und Sozialisten ebenso interessierendes Vorkommnis auf der Weltwirtschaftskonferenz eindringlich hinzuweisen, weil es programmatisch die gesamte Arbeiterbewegung auf die Arbeit für die Gemeinwirtschaft festlegt. Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sekretär Eggert (Berlin), gab nämlich im Verlaufe der Verhandlungen namens der Arbeitergruppe der Konferenz eine protokollläre Erklärung über die Gleichbehandlung der staatlichen und privaten Unternehmungen ab, worin es u. a. heißt: „Wir erblicken in der Gemeinwirtschaft die Wirtschaftsform, welche geeignet ist, allen Arbeitenden ein geregeltes Auskommen zu sichern und die Konsumenten vor Überforderungen zu bewahren, wenn sie eine genügende Ausbeutung gefunden hat, eine weitgehende Vergütung von Produkten und Bedarf und damit eine Befriedigung des spekulativen Moments im Wirtschaftsleben herbeizuführen, was die Krisengefahr zu vermeiden geeignet erscheint. Wir unterstützen daher alle Maßnahmen, die eine gesunde Entwicklung und weitere Ausbeutung der Gemeinwirtschaft fördern, selbst wenn dadurch, einem höheren Ziele folgend, unter Umständen eine ungleichmäßige Behandlung staatlicher und privater Unternehmungen eintritt.“

Diese programmatische Erklärung dürfte sich wohl auf alle Formen der Gemeinwirtschaft beziehen, von welchen die Kommunalwirtschaft und die Genossenschaftswirtschaft als die bedeutendsten bezeichnet werden müssen. Auf die gemeinlichen Wirtschaftsunternehmungen haben die breiten Wählermassen den stärksten politischen Einfluß, der leider mangels einer tieferen Einsicht der Massen in den meisten Fällen nicht zum richtigen Ausdruck kommt, so daß hier die Bureaucratie oft eine kleinliche, engstirnige, in den Alten hängenbleibende, vor allem benoehmende Unternehmenspolitik zu betreiben in der Lage ist.

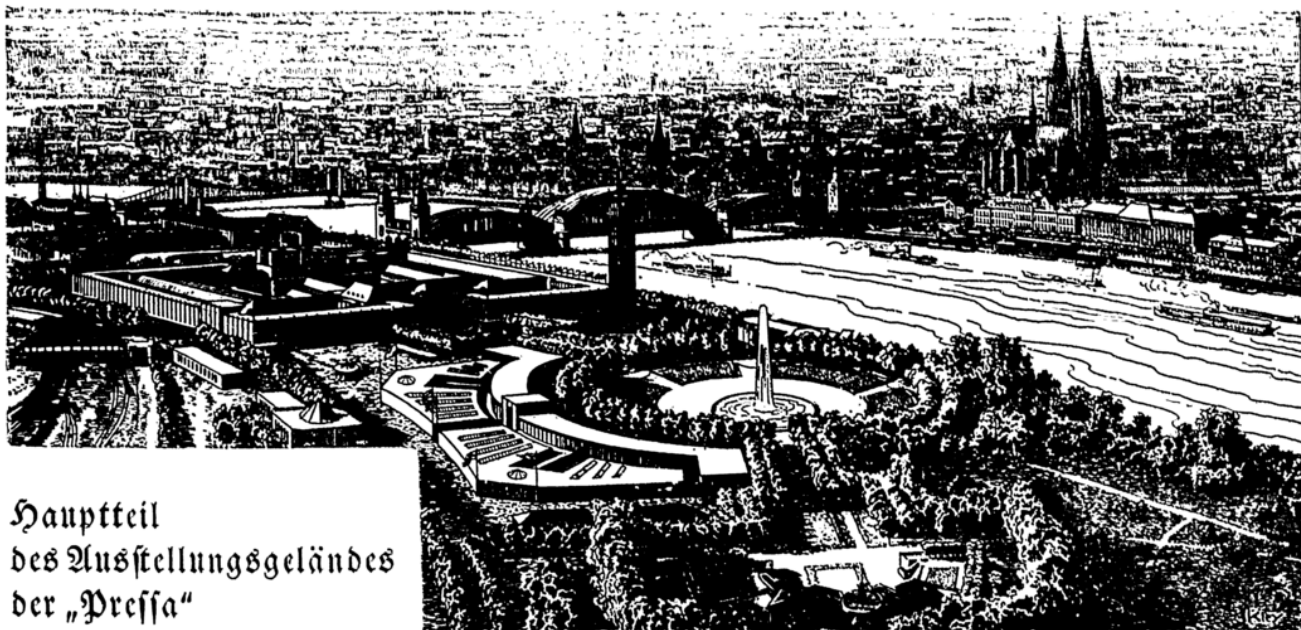
Man wird deshalb die Erklärung vor allem auf die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft anwenden müssen, deren Wesenszweck durchaus in der „Beseitigung des spekulativen Moments im Wirtschaftsleben“ wurzelt. Und die im Gegensatz zur Staats- und Gemeinwirtschaft aus der eignen Initiative der Bevölkerung, d. h. der großen Verbraucherkrassen entsprungen ist, allein ihren Interessen entspricht und durch Selbstverwaltung in der eignen Wirtschaft das Volk zur Selbstverantwortung erzieht. Dies wirtschaftliche und zugleich kulturelle Element der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft ist darum auch von außerordentlicher staatspolitischer Bedeutung. Denn ein seiner wirtschaftlichen und daraus resultierenden sittlichen Aufgaben bewußtes Volk stellt sich auch auf den Staat, d. h. seine Regierung, ganz anders ein, als ein in seinen Lebensinteressen allein von der Privat- und Staatswirtschaft abhängiges.

So ist es durchaus zu rechtfertigen und äußerst begrüßenswert, wenn die zitierte programmatische Erklärung der Arbeitergruppe der Genfer Weltwirtschaftskonferenz zum Schluß darauf verweist, daß unter den ausgesprochenen Voraussetzungen die Gemeinwirtschaft selbst dann fördernd unterstützt werden soll, wenn dadurch, einem höheren Ziele folgend, eine ungleichmäßige Behandlung staatlicher und privater Unternehmungen eintritt.

Man kann sich bei der Auslegung dieser Absicht beispielsweise vorstellen, daß eine der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft grundmäßig zustimmende Regierung, wie es solche in den nordischen Ländern, vor allem in Schweden und Finnland gibt, der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung bewußt solchen Vorschub leistet, wie er heute in Deutschland vielfach nur den landwirtschaftlichen Genossenschaften zuteil wird. Eine solche Bevorzugung käme aber durch das genossenschaftliche Wirtschaftssystem nicht nur einer Klasse der Bevölkerung, wie beim kapitalistischen Wirtschaftssystem, zugute, sondern der gesamten Volkswirtschaft. Also allen. Und auch dies wäre — Staatswirtschaft durch Staatspolitik.

Man muß deshalb tragen, dem gemeinwirtschaftlichen Arbeiterprogramm der Genfer Weltwirtschaftskonferenz weitestgehende Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen, ff.

Skizzen von der werdenden „Pressa“ in Köln am Rhein



Hauptteil des Ausstellungsgeländes der „Pressa“

I.

Die Presse zur „Pressa“

Die Hauptleitung der an des Rheines rechtem Ufer in Köln ersiehenden großen Internationalen Presseausstellung tut gewiß alles, das Auge der Welt auf die im Jahre 1928 von Mai bis Oktober sich findende Spezialweltausstellung über die Presse zu lenken.

Die literarische Abteilung der „Pressa“ im besondern macht sich die Mobilisierung der ganzen Presse der Welt für das Ausstellungswerk in Köln zur Aufgabe. Ferner unterstützt „Der Westen“, Zeitschrift für Wirtschaft und rheinisches Leben, zugleich Kölner Messe- und Ausstellungszeitung, mit Illustrationen und Aufsätzen die Propaganda für die „Pressa“. Es kann also wirklich nicht geklärt werden, daß zu wenig Information bestünde; fast könnte eher von einer Überflutung mit Material gesprochen werden. Welth ein jedes Presseorgan alle diese Einfindungen bringen würde, dürfte eher eine „Pressa“-Müdigkeit denn ein allgemeiner Anreiz für die Kölner Ausstellung die Folge sein.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die Tagespresse noch ziemlich passivität beobachtet. Liegt das an den zu vielen Einfindungen von Köln? Oder will man den Ausstellungszeitpunkt erst näher herankommen lassen, um dann gedächtnishaftend die Leserschaften auf Köln vorzubereiten? Das ließe sich hören. Aber gesagt muß dennoch jetzt schon werden: Die Internationale Presseausstellung in Köln dient den erhabenen Werken des Friedens und der Kultur und sollte deshalb schon zu einem allgemeinen Mittelpunkt des Reisens im nächsten Jahre gemacht werden. Wir Buchdrucker werden als Männer vom Bau stolz sein können auf das Kölner Ausstellungswerk, deshalb wollen wir auch, daß die Masse des deutschen Volkes in möglichst weitem Umfange Einblick in das Wesen und in den Dienst der siedenden Großmacht erhält.

Die Zeitschriften- und die Fachpresse zeigt sich den Anstrengungen der literarischen Abteilung von Köln zugänglich. Besonders die Fach- und die Gewerkschaftsblätter des graphischen Gewerbes. Die allgemeine Gewerkschaftspresse hat auf einen von Georg Beyer in Köln ausgehenden belehrenden und anspornenden Artikel neuerdings reagiert. Es könnte aber gar nichts schaden, wenn zu einem späteren Zeitpunkt der prästaltende Kölner Zeitungsmann mit einem zweiten Artikel größerem Verständnis bei den Gewerkschaftsredaktionen begegnen würde. Die Arbeiterpresse im allgemeinen hat es ebenfalls als ihre Aufgabe zu betrachten, der „Pressa“ einen starken Zug aus dem schaffenden Volke zu bereiten.

Der „Korr.“ als Organ der größten Organisation im Buchdruck- und im Zeitungsgewerbe ist sich von vornherein bewußt gewesen, daß ihm hier wie bei der „Bugra“ 1911 wieder eine besondere Mission zukommt. Die Behandlung der „Pressa“ ist daher methodisch angelegt worden. Der „Korr.“ hat also die Einfindungen der literarischen Abteilung nicht wörtlich gebracht; aber in unsern bisherigen prinzipiellen wie informatorischen und in den hiernach noch folgenden Artikeln wird alles, was nur irgendwie von Belang ist, zusammenhängend und anschaulich den Lesern nahegebracht. Während der Vorarbeiten zu einer solchen Ausstellung ändert sich zentral wie im einzelnen so viel, daß, wenn man da den Leser überall mitführen wollte, er sich bald nicht mehr auskennen und vielleicht das Interesse an der Sache verlieren würde. Das haben wir bewußt vermieden und lieber einen größeren Zwischenraum eintreten lassen, um dann wieder mehr sagen zu können. Ganz eigle

Informierungen erfolgen ja immer mittels besonderer Notizen. Wir haben bemerkt, daß der eingeschlagene Weg im Reiche schon ein gutes Echo gefunden hat; es mehren sich fortgesetzt die Aufrufe zu gemeinsamen Fahrten nach Köln. Das Buchdruckerausland hat aus dem „Korr.“ spezielle Hinweise erhalten; es wird zu erwägen sein, ob in diesem Falle nicht nebenher noch andre Wege beschritten werden können. Nunmehr soll das frühere Versprechen einer illustrierten Abhandlung im „Korr.“ eingelöst werden, die zur besseren Aufnahme und Übersichtlichkeit in Abschnitte eingeteilt wird, nach Art des in Nr. 29 gebrachten informatorischen Artikels.

Das Wahrzeichen der „Pressa“



seherische Ausstattungsmanieren sowie neueste Druckverfahren bei ihr eine gute Pflege haben.

Die Bedeutung des „Pressa“-Wahrzeichens, das nun auch schon den Inzeratenteils des „Korr.“ befehlt hat, dürfte jedoch nur wenigen bekannt sein. Der Vater dieses gewiß nicht leicht gewordenen und auch nicht leicht deutlichen Ausstellungssymbols hat zur Veranschaulichung der großen Vielseitigkeit dieser Ausstellung die Buchstaben Z und P zu einem ragenden Mal auf dem Erdball geformt und dazu die konstruktiv-technische Form genommen. Die Rundung des Buchstabens P besteht im Original aus einem roten Auge- und einem schwarzen Innentext, soll also die Zris und die Pupille darstellen und damit das Auge der Welt veranschaulichen. Es ist aber unbenommen, sich auch andre Vorstellungen darüber zu machen, denn die Ausstellungsplakate werden mit der Zeit immer mehr zu Werksäulen. Die „Bugra“-Zeitung mußte ja 1914 Wettbewerbserlauf erleben; außer Konkurrenz wurde dann der Tiemannsche lichtbringende Zingling gewählt. Das Eingängige an solchen Signets macht schließlich die Hauptsache aus. Den Effekt dürfte man dem „Pressa“-Wahrzeichen zubilligen können.

Die Gesamtanlage der „Pressa“

Am 19. und 20. Oktober 1926 wurde in Köln die Konstituierung der „Pressa“ vorgenommen. Siebzehig Organisationen des Zeitungs- und des Zeitschriftenwesens, des Buchgewerbes und der Graphik und aller sonst der Vielfältigkeit dienenden Gewerbe hatten sich bereits zu dem von der Stadt Köln geplanten Internationalen Presseausstellung im Jahre 1928 geäußert und zumeist Vertreter entsandt. Auch Vertreter der Arbeiterpresse waren zugegen. Die im graphischen Gewerbe bestehenden Organisationen auf Unternehmer- wie auf Arbeiterseite ließen sich ebenfalls schon zu einem Teile vertreten, wenigstens es zunächst den Anschein hatte, als ob die Tagespresse und das Zeitschriftenwesen eine so übertragende Bedeutung auf der Ausstellung in Köln erhalten

würden, daß die vielen übrigen unter den Begriff der Presse fallenden Gewerbe dagegen verschwinden müßten. Träger der Ausstellung ist ein unter der Firma „Internationale Presseausstellung Köln G. B.“ gebildeter Verein. Dieser hat die Durchführung und Geschäftsleitung der Messe- und Ausstellungs-G. m. b. H. (Köln) übertragen.

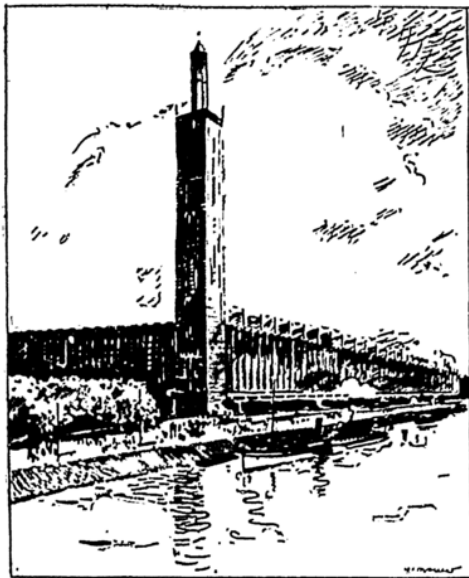
Es ist nun fast ein Jahr lang gearbeitet und geworben, entworfen und auch umgeworfen worden, und die Fachauschüsse haben bei ihrer Mitarbeit reichlich Gelegenheit gehabt, die Schwierigkeiten gerade dieser Ausstellung kennen zu lernen, die so viel geistige Arbeit anschaulich zur Darstellung bringen soll. Es hat sich nun bis jetzt ein Gesamtbild herausgestellt, das sich schon äußerlich sehen lassen kann. Unsere Leser erhalten in der an die Spitze dieser Seite gestellten durchgehenden Abbildung jedenfalls einen günstigen Eindruck von der Gesamtanlage der „Pressa“.

Von dem Kolossalbau des Kölner Doms bzw. dem dicht daneben gelagerten Kölner Hauptbahnhof geht man ganz kurzen Weges über die mächtige Hohenzollernbrücke (Eisenbahn-, Straßenbahn-, Wagen- und Fußgängerverkehr) hinüber nach dem rechten Rheinufer. Dort, also auf der Deutzer Seite in Köln, liegt man unmittelbar auf das Ausstellungsgelände. Rheinaufwärts ist noch die große Hängebrücke zu sehen, über die auch einige Straßenbahnlinien führen. An der Hängebrücke nimmt die „Pressa“ ihren Anfang. Sie endet in entgegengesetzter Richtung bei dem hinter den großen Anlagen „Rheinpark“ gelegenen Niederrheinischen Dorfe, das zum Vergnügungspark umgewandelt wird. Eine halbe Stunde lang wird man zwischen diesen beiden Ausgangspunkten zu marschieren haben. Die Haupteingänge zur Ausstellung sind zwischen der Hohenzollern- und der Hängebrücke gelegen.

Durch die Einbeziehung der Kaserne der ehemaligen Deutzer Kavallerie — in der Mitte zwischen den beiden Brücken gelegen — in das Ausstellungsgelände ist beträchtlicher Raum gewonnen worden (18 200 Quadratmeter). Die Kaserne wird einem zweifelsprechenden Umbau unterzogen; sie soll nämlich später der Stadt Köln als Museum dienen. Auf der „Pressa“ wird die Kaserne nach den neueren Dispositionen die Mission der Kulturhalle übernehmen. Von einer Weiterkaserne zur Kulturhalle, das ist gewiß allerhand Kulturfortschritt!

Auf den insgesamt 500 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche wird das auf unfer Abbildung sehr deutlich zu sehende Rondell einen schönen Mittelpunkt bilden. Um dieses Schmuckstück gruppieren sich in architektonisch guter Anpassung Ausstellungsbauten im Umfange von etwa 12 000 Quadratmetern. Baukünstlerisch und ausstellungstechnisch allen modernen Anforderungen in weitem Maße genügend, wird die „Pressa“ vom linken Rheinufer aus einen materlich großartigen Anblick bieten, während vom rechten, von der Ausstellungseite her, das Panorama der umzirkelten alten Domstadt seinesgleichen suchen kann.

Die „Pressa“ erhält nicht nur den vorchriftsmäßigen Ausstellungsturm, der umstehend abgebildet ist, sondern auch einen Leuchtturm in Originalgröße. Die Stadtvverwaltung Bremen wird ihn erstellen und in den Rhein hineinbauen. Abends werden große Scheinwerfer auf den Vater Rhein spielen. Zu diesem Leuchtturm wird sich noch ein regelrechter Seebadpfer geellen, den man bei hohem Wasserstande in das Binnenland hineinziehen will. Der dreieckigbedeckte Vergnügungspark: Weindorf am Rhein, Abteilung Alt-Köln und eigentlicher Vergnügungspfad, vermehren die äußerlichen Besonderheiten der „Pressa“, an denen es auch sonst nicht mangeln wird.



60 Meter hoher Turm an einer der Haupthallen

Nach den Versicherungen der Ausstellungsleitung soll mit der rechtzeitigsten Fertigstellung der Bauten unbedingt zu rechnen sein; es hat bisher mit allen Baubearbeitungen geklappt. Hoffentlich wird es mit der inneren Fertigstellung ebenso kommen. Hier sind tatsächlich die Schwierigkeiten noch größer.

Die „Pressa“ hat bereits eine Popularität erlangt, die nicht allein auf die geschickte Kellame zurückzuführen ist. Mag der Rhein auch mit einer großen Anziehungskraft ausüben, so scheint es doch, als ob die Aussicht, die siebente Großmacht in allen ihren Teilen aufmerksam zu machen und in Tätigkeit zu setzen und dazu das gesamte Presse- und Druckwesen in seiner kulturellen Bedeutung besser kennen zu lernen, nicht minder anregend und anziehend wirkt. Viele werden auch nachhaken wollen, was ihnen im Jahre 1914 durch den Kriegsausbruch an der „Bugra“ verlorengegangen ist. Köln wird im nächsten Jahre die Fremden- und Kongressstadt Deutschlands werden. Möge die so viel vermögende Stadtverwaltung von Köln bemüht sein, daß nicht Preisträger eintreffen. Man braucht bloß den Namen Leipziger Messe zu nennen, um damit auszudrücken, wie es nicht gemacht werden darf.

Weltbedeutung der „Pressa“

Wird die Beschickung aus dem Inlande als sehr umfangreich und stark bezeichnet, so kann vom Auslande gesagt werden, daß die von Anfang an gehegten Erwartungen noch übertroffen werden. Bekanntlich ist für die „Pressa“ ein besonderer Reichskommissar ernannt in der Person des ehemaligen Reichsministers Dr. Kütz. Diese Wahl entspricht in glücklicher Weise einer Methode Stressemanns, in Genf beim Völkerverbunde nur solche Persönlichkeiten herauszustellen, die sich von der Rechtsfärbung der jetzigen Reichsregierung vortheilhaft abheben. Der in Köln vorherrschende Geist wird dazu beigetragen haben, daß mit Dr. Kütz ein Demokrat zu den Verhandlungen mit dem Auslande bestimmt worden ist. Der Generaldirektor der „Pressa“, Dr. Esch, hat zudem mit dem Leipziger Zeitschriftenverleger Horst Weber als eingeführten Fachmann eine besondere Amerikareise unternommen, deren Ergebnis ist, daß in Amerika das Interesse für die erste Internationale Presseausstellung außerordentlich wächst. Amerika, das Land der großen Zeitungen, wird mit seiner Beteiligung weit voranstehen. Man konnte in amerikanischen Blättern Ausführungen lesen, die fast überfchwenglich zu nennen sind.

Im dem Staatenhaus läßt sich schon an Hand unserer nebenstehenden Skizze erkennen, daß auch hier etwas Großes im Werden begriffen ist. Auf der „Bugra“ in Leipzig gab es eine Straße der Nationen. In Köln auf der „Pressa“ wird an zentraler Stelle des Ausstellungsgeländes ein höchst repräsentabler Bau in Halbkreisform errichtet. Die fremden Nationen werden darin, jede in einem besonderen Abschnitt, der in Stil und Ausmaße dem Charakter des betreffenden Landes entspricht, das Eigentümliche ihres Pressewesens auf dem Hintergrunde ihrer besonderen Kultur zur Veranschaulichung bringen. (Eingeschaltet sei hier, daß auch für die deutsche Tagespresse eine länderweise Einteilung stattfindet, damit der kulturelle und wirtschaftliche Charakter der einzelnen Gebiete in seinen Unterschieden zur Geltung kommen kann. Mit Hilfe und in geschilderter Auswahl starker ausstattungs technischer Mittel können solchermaßen Gruppen von ausgeprägter Eigenart geschaffen werden: Berlin, Ruhrgebiet, Bayern, Schwaben, Grenzmark usw.)

Die „Pressa“ wird aber nicht nur zu einer großartigen Weltschau des gesamten Pressewesens werden, sondern sie hat auch zum ausgesprochenen Zweck, dem Völkerverbunde zu dienen. Oberbürgermeister Dr. Widenauer hat das schon im vergangenen Oktober auf der konstituierenden Tagung der „Pressa“ in schöner Offenheit ausgesprochen. Bei der siebenten Großmacht geht noch viel durcheinander, wie

beim Völkerverbund die Schternacher Springprojektion leider ja auch recht in Übung gekommen ist. Das Zusammenfinden in Köln von so vielen Landespressen kann und wird hoffentlich retardierende Momente in der Weltpolitik auflösen, zumal eine Reihe von internationalen Kongressen in Köln dazu beizutragen geeignet ist. Für die Reaktion, die noch feigenhaft auf dem Erdball auftritt, können sich auf der „Pressa“ Heilquellen erschließen, und zugunsten der Freiheit der Presse wird sich in Köln nicht nur für das deutsche Reichsgericht ein guter Anschauungsunterricht ergeben.

Wenn der große Philosoph Kant von der Presse schon die hohe Meinung hatte, er fände keine Geschichte lehrreicher als diejenige, die er in der Zeitung lese; hier könne man sehen, wie alles kommt, vorbereitet wird, sich entwickelt, so kann das nach mehr als einem Jahrhundert doch endlich zur vollen Wahrheit werden, wenn die Presse nur der Wahrheit zu dienen sich allgemein zur Aufgabe macht. Dann kommen wir auch zu einer wahren Weltkultur. Möge von all diesen Zeitnotwendigkeiten durch die „Pressa“ viel zur Auswirkung kommen!

Soweit aus den vielen Übermittlungen der Literarischen Abteilung der „Pressa“ zu ersehen ist, hat der Völkerverbund seine Beteiligung an der „Pressa“ bereits im April zugesagt. Die geistige Verbundenheit der Völker kommt damit zum Ausdruck; die internationale Verständigung erfährt hierdurch einen Antrieb. Von den europäischen Staaten werden nur ganz wenige in Köln fehlen. Von Frankreich wird inzwischen wohl die Ernennung eines Regierungskommissars für die „Pressa“ erfolgt sein. Italien hat in der zweiten Augusthälfte seine offizielle Zusage gegeben; ein Bruder von Mussolini soll Regierungskommissar werden. Andererseits haben die in Frage kommenden ausländischen Fachorganisationen besondere Ausschüsse eingesetzt. Rußland läßt durch die Gesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Auslande eine großartige Vertretung vorbereiten. Von den überseeischen Ländern war aus Japan im August eine dreiköpfige Delegation in Köln, um an Ort und Stelle für die japanische Presse die notwendigen Abmachungen zu treffen. Aus Südamerika ist zunächst die Beteiligung des Hauptstaates Argentinien sicher. Nordamerika zeigt, wie schon gesagt, außerordentliches Interesse für die „Pressa“. John Clyde Oswald, der Direktor der New Yorker Zeitungsverlegervereinigung, hat den Vorstoß des für die Kölner Ausstellung gebildeten Ausschusses übernommen. Amerika will jetzt in seiner immer ins Große gehenden Art nachhaken, was es angeblich infolge mexikanischer Unruhen bei der „Bugra“ unterlassen mußte, wo die amerikanische Presse und Buchdruckerei unvertreten blieben. Oswald hat in dem Weltblatt „New York Times“ einen Artikel veröffentlicht, worin einmal gesagt wird: Die Kölner Internationale Presseausstellung wird die umfassendste Veranschaulichung dessen werden, was die Presse für die Menschheit bedeutet, und es zum andern peremptorisch heißt: Unter unserm eignen Dach, unter unsern eignen Flagge muß die amerikanische Schau der Welt zeigen, was wir tun, und wie die Presse unsres eignen Landes geholfen hat, unsre Nation aufzubauen! In diesem selbstbewußten Satze ist die Bedeutung der amerikanischen Presse gut ausgesprochen.



Das Staatenhaus der „Pressa“

„Pressa“ und Buchdrucker ausland

Buchdrucker ausland ist zunächst der Gesamtbegriff für alle Länder außerhalb Deutschlands, in denen das Buchdruckgewerbe Fuß gefaßt hat; das wären also sämtliche Kulturländer der Erde. Dann kommen Unterabteilungen: was die Prinzipalität als Buchdrucker ausland ansieht, und wie die Gehilfschaft diesen Begriff zu verstehen pflegt. Für uns hat er zweierlei Auslegung: einmal umfaßt er alle dem internationalen Buchdruckersekretariat angeschlossenen Landesorganisationen, zum andern werden darunter die noch außerhalb desselben stehenden Buchdruckerverbände bzw. Länder verstanden.

Bei der Prinzipalität sind zu einer internationalen Vereinigung erst Enklaven vorhanden. Auf Gehilfschaftseite die Buchdruckerinternationale schon auf das Jahr 1889 zurück. Es sind ihr jetzt 22 Organisationen angeschlossen, die

in Nr. 63 (erste Seite) einzeln aufgeführt worden sind. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 180 635, ohne die zum Teil bestehenden Zweigabteilungen. Das Internationale Buchdruckersekretariat erstreckt sich bis jetzt nur auf den Kontinent.

Aus den von der „Pressa“-Leitung verhandelten Mitteilungen ist zu ersehen, daß selbst so kleine Länder wie Lettland und Lauenburg auf der Ausstellung in Köln vertreten sein werden. Andererseits stellen dort Länder aus wie England, Italien, Rußland, die noch nicht bzw. nicht mehr zur Buchdruckerinternationale gehören, außerdem überseeische Länder, die für das Zeitungs- und das Buchdruckgewerbe Bedeutung haben.

Die erste Internationale Presseausstellung ist vom allgemeinen kulturellen wie vom zeitungs- und drucktechnischen Standpunkt aus für alle unsre Berufsge nossen im gesamten Buchdrucker ausland eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit. Wir wissen wohl, daß die Entfernungen hier noch eine größere Rolle spielen als zum Teil schon für unsre Kollegen in Deutschland; z. B. ist ein Ausstellungsbesuch von Ostpreußen aus in Köln auch keine finanzielle Kleinigkeit. Aber bei rechtzeitiger Vorbereitung durch Spareinrichtungen, auch mittels von den Staaten und den Kommunen zu erlangender Reisestipendien, wird sich doch verhältnismäßig viel ermöglichen lassen. Im Jahre 1914 war für den Besuch der „Bugra“ so vieles im besten Gange. An dem ersten vom Gau Leipzig veranstalteten allgemeinen Kongress am 19. Juli nahmen sogar 90 Kollegen aus Dänemark teil. Einzelbesuche waren vorher schon eine ganze Anzahl aus dem Auslande zu verzeichnen. Zum zweiten Kongress war die Mitwirkung des Wiener und des Prager Buchdruckervereins gesichert. Leider kam der Ausbruch des Weltkrieges verhängend dazwischen. Ebenso mußte ein aus Paris angereicherter Sonderzug ausfallen; aus der Seinestadt wollten die Prinzipale, Gehilfsgruppen und Schüler der Buchdruckersehranftalt kommen, welsch letztere im Jahre 1900 schon einmal zu Studien in Leipzig waren. Da ein tatsächliches Bedürfnis für den Besuch der „Pressa“ in Köln auch bei den ausländischen Kollegen besteht, muß alles versucht werden, ihn so umfassend wie nur möglich zu gestalten. Unser Bildungsverband mit seinen guten internationalen Verbindungen wird da auch manches in die Wege leiten können. Es sollten nicht zuletzt Vorstöße bei den Eisenbahnverwaltungen zu Fahrpreisermäßigungen unternommen werden, welchen wertvollen Hehzweden ein Besuch der Internationalen Presseausstellung dient. Wo Sonderzüge ermöglicht werden können, wird die Preisermäßigung ja auf einfacherem Wege erreicht.

Leider kommt die Abhaltung eines internationalen Buchdruckerkongresses in Köln 1928 nicht in Betracht. Turnusgemäß hat im August d. J. ein solcher Kongress in Paris stattgefunden. Man muß diese Sachlage um so mehr bedauern, als auf den beiden letzten internationalen Kongressen auf Wunsch der Leitung in Bern von deutscher Seite Vorträge mit Lichtbildern über die technischen Fortschritte im Buchdruckgewerbe gehalten worden sind. In Köln wird aber das alles in praktischer Vorführung umfassender veranschaulicht werden. Hoffentlich finden die Organisationsleitungen im Auslande einen Ausweg; um

für ihre Mitglieder doch zu Ruhanwendungen von der „Pressa“ zu kommen.

Vorbereitung zu allen in diesem Abschnitt berührten Dingen und Fragen ist jedoch rechtzeitig zu ergreifen!

Die innere Gestaltung der „Pressa“, die Repräsentation der großen Gruppe Buchgewerbe und Graphik sowie das Kapitel Gewerkschaften und „Pressa“ werden noch gesondert behandelt werden, jedenfalls aber in umgekehrter Reihenfolge wie hier aufgeführt. Mit diesen Skizzen von der werdenden „Pressa“ soll das Interesse für die Internationale Presseausstellung in Köln zunächst einen weiteren Antrieb erhalten, obwohl das Interesse auf Gehilfschaftseite schon erfreulich groß ist.

Neuaufnahme wurde getätigt. Es folgten nun die Berichte über die Bauereinigungsversammlungen in Elberfeld und

Krefeld. (Mafchinenzeiter.) Am 3. September fand in Rheindt unsere Vierteljahrsversammlung statt. Der Vorsitzende konnte einhundert und dreiundzwanzig Kollegen begrüßen. Die ersten Punkte der Tagesordnung: Mitteilungen, Protokollverlesung, ebenso der Kassenbericht wurden von der Versammlung genehmigt. Eine

Vöbed. (Maschinenseher.) Die Maschinenseherverein für Schleswig-Holstein (Bezirk Kiel) und Mecklenburg-Vöbed sowie der Norddeutsche Maschinenseherverein, Stk Hamburg, hatten zum 21. August einen Maschinenseher tag nach Vöbed-Schwartau einberufen, der zahlreich besucht war. Trotz der Ungunst der Witterung hatten sich 300 Kollegen eingefunden, was bei der räumlichen Ausdehnung und nicht gerade musterhaften Bahnverbindung als durchaus günstig zu bezeichnen war. Die Zusammenkunft hat jedenfalls erwiesen, daß derartige Veranstaltungen größeren Stils bei unsern Kollegen günstige Aufnahme finden, und so wurde denn auch im Laufe des Tages der Wunsch laut, solche Versammlungen in gewissen Zwischenräumen zu wiederholen, um durch bessere persönliche Zügelungnahme die Kollegialität zu heben und Mochte unsres Verbandes. Kurz nach Eintreffen der Kleeve-Kollegen eröffnete Kleeve Katho (Hamburg) die Versammlung unter Begrüßung aller erschienenen Kollegen. Im Namen der Vöbeder Maschinenseher begrüßte Kleeve Tessin die Versammlung, während die Kollegen Kreschmer, Dahne und Burmeister die Grüße der durch sie vertretenen Korporationen überbrachten. Nach einem kurzen Rückblick der drei Vereinsoberkfinden Kol-

Münster i. W. Unsere dritte Bezirksversammlung fand am 28. August am Borort statt. Von 390 Kollegen waren nur 115 erschienen. Vorsitzender Greiner begrüßte die Erschienenen. Ein Aufnahmegeßuch mußte zurückgestellt werden, da der betreffende Kollege nicht anwesend war. Sodann wies der Vorsitzende nochmals auf die „Pressa“ im Jahre 1928 in Köln hin und richtete einen warmen Appell an die Kollegenchaft, eifrig die Spartenarbeit zu betreiben. Kassierer Balster erstattete den Kassenbericht. Für seine prompte Kassenführung wurde ihm Ent-

lastung erteilt. Sodann folgte ein Vortrag des Kollegen Meißner über wichtige Entscheidungen des Reichsgerichts. Hier fand der Referent ein aufmerksames Auditorium und erzielte mit seinen interessanten Ausführungen reichlichen Beifall. Die Wahl eines Prozessbevollmächtigten für das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht in Münster ergab die einstimmige Wahl des Kollegen Meißner. Vorhergehend Gröner ersuchte sodann alle Kollegen, sich an dem Preisauschreiben der Deutschen Berufsvereinsgesellschaft zu beteiligen. Die nächste Bezirksversammlung findet am 13. November ebenfalls am Vorort statt, in Verbindung mit dem Filmvortrag „Geist und Maschine“ im Emella-Theater. — Nach der Versammlung erfolgte in üblicher Weise die Ehrung der Kollegen Albert Eggert (Dülmen), Georg Klein, Karl Güthing und Bernhard Schlotter, sämtlich in Münster, die auf eine 25jährige Zugehörigkeit im Verbandszugehörigkeit zurückblicken konnten.

Münster-Güth. (Graphisches Kartell.) Nach längerer Pause hatte der Kartellvorstand die Funktionäre der vier Verbände zu einer Sitzung am 3. September eingeladen. Arbeitersekretär Kellermann hielt einen Vortrag über das „Arbeitslosenversicherungsgesetz“. Einleitend betonte der Vorsitzende, Kollege Schmitt vom Verband der Lithographen und Steinrunder, die Notwendigkeit der Vorphandlung gemeinsam interessierender Fragen, wobei die aktuellen Probleme des Arbeitslosen in Vordergrund stehen. Die Vorbereitung und Durchführung der sozialen Maßnahmen wird auch die graphischen Verbände auf dem Kasten finden. Der Schuhverband Deutscher Steinrunderer trägt sich mit dem Gedanken der Schaffung einer neuen Arbeitsordnung. Unter dem Deckmantel der Ruhe in den Betrieben wird man Versuche zur Verfestigung der Arbeitsverhältnisse machen. Darauf die Kollegen schon jetzt hinzuweisen, sie aufzurufen, müsse mit die Aufgabe des Graphischen Kartells sein. Der Referent gab einen geschäftlichen Überblick über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften, womit die Buchdrucker im Jahre 1879 den Anfang machten. Mit der Eingliederung der Arbeitslosenversicherung in die Sozialversicherung sei ein Wert zum vorläufigen Abschluß gebracht, das nicht zuletzt als ein großer Erfolg zäher Gewerkschaftsarbeit zu bewerten ist. In der Diskussion wurde vom Vorsitzenden betont, daß in Zukunft ein Rechtsanspruch besteht, das Gefühl, Armenempfänger zu sein, kommt in Wegfall. Eine Anfrage, wie es mit der Beibehaltung des Mietzuschusses an die Arbeitslosen sei, wurde mit dem Hinweis auf die kommenden Ausführungsbestimmungen erledigt. Ein Betriebsrat brachte Fragen über Sonntagsarbeit und Überforderung der gewerblichen Arbeitszeit bei Arbeiterinnen vor. Es sollen derartige Mißstände in gemeinsamen Geschäftsversammlungen in Zukunft behandelt werden. Ein Antrag, jedes Vierteljahr eine Funktionärerversammlung abzuhalten, wurde dahin abgeändert, daß die Zusammenkünfte nach Bedarf stattfinden sollen; jedoch sollen mindestens alle drei Monate derartige Ausprägungen sein. Der Ortsausschuß Münster hat beschlossen, ein Gewerkschaftshaus zu errichten. Zur Finanzierung macht sich die Erhebung von Extrabeiträgen vom 1. Oktober ab notwendig. Hingewiesen wurde auf die unzulänglichen Büroräume der meisten Gewerkschaften und den Mangel an geeigneten Versammlungsorten. Zur Frage des Arbeitsgerichtsorgans bzw. dessen Durchführung wurde die bisherige Spruchpraxis des Gewerbegerichts scharf kritisiert. Den Gewerkschaften aller Richtungen ist es gelungen, die Berufung des Gewerbegerichtsdirektors an das Arbeitsgericht zu verhindern. Im Schlußwort faßte Kollege Schmitt das Ergebnis der Versammlung kurz zusammen, wies auf den gewerkschaftlichen Idealismus der graphischen Arbeiterschaft und forderte auf zur gegenseitigen Unterstützung in der Agitation und vor allem bei der Abwehr verschlechterter Arbeitsbedingungen.

Regensburg. (Druck.) Am 8. Mai veranstaltete unsere Bezirksvereinigung in der Landesschulbühne einen gutbesuchten Filmvortrag über „Die Herstellung der Farben für den Buchdruck“. Im entgegenkommenden Besse hatte uns die Farbenfabrik Gebr. Hartmann (Ammerndorf-Halle) ihren technisch hervorragend ausgeführten Film zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieses Refilms betamen die Zuschauer einen Einblick, von der Gewinnung des Rohproduktes angefangen bis zur gebrauchsfertigen Buchdruckfarbe. Man wurde auch nicht müde, die sauberen abwechselungsreichen Bilder zu betrachten. Der genannte Firma für ihr Entgegenkommen auch an dieser Stelle besten Dank. Damit beschloß die Druckervereinigung den ersten Teil ihres Bildungsprogramms. — Nach Verlauf der üblichen Sommerpause wurde am 6. September der zweite der Bildungsabende eröffnet. Die Westfirma König & Bauer (Witzburg) hatte zu diesem Zwecke ihren Werkfilm bereitwillig zur Verfügung gestellt. Die neue Fabrikanlage mit riesigem Ausmaß ließ die Zuschauer einen Witz in die einzelnen großen Werkstätten. Die großen Montageschellen zeigten die Zusammenstellung von der kleinsten Schneidpresse angefangen bis hinauf zur größten Rotationsmaschine. Dort waren sie ihrer Bestimmung für das Innere Ausland. Wie die Maschinen in der Praxis arbeiten, das wurde im fünften Teil gezeigt. Der Film hat wohl bei allen, die Gelegenheit hatten, ihn zu sehen, Bewunderung ausgelöst. Der Maschinenfabrik König & Bauer für diesen gelegenen Abend auch an dieser Stelle unseren besten Dank. Die Leitung unserer Vereinigung feiert keine Mühe, das Winterprogramm in gediegener Aufmerksamkeit durchzuführen. Mögen dann auch die jungen und alten Kollegen die aufgewandte Mühe durch fleißigen Besuch lohnen.

Stargard i. Pom. Zahlreich hatten die Kollegen aus allen Teilen des Bezirks der Einladung zur Bezirksversammlung am 1. September Folge geleistet, so daß man eine bisher nie erreichte Teilnehmerzahl feststellen konnte. Vormittags fand ein Filmvortrag statt, in welchem ein Stettiner Vertreter der Farbenfabrik Gebr. Hartmann (Ammerndorf b. Halle a. d. S.) einen vorläufigen Werkfilm „Der Weg der Farben“ mit erläuternden Vorträgen vorführte. Nach gemeinsamem Mittagessen begann die Versammlung, in welcher Vorsitzender K. Meißner außer dem Gaudovortrager auch den Kreisvorsitzenden des Bildungsverbandes, Kollegen Gehrt (Stettin), begrüßen konnte. Dieser referierte im Verlauf der Tagung über „Bildungsfragen im Verband“ und forderte zur Mitgliedschaft in der Buchergilde und im Bildungsverband auf. Gerade in unserm Bezirk läge es im argen mit einer realen Fortbildung der Gehilfen und der Lehrlinge. In seinem Geschäftsbericht erwähnte der Bezirksvorsitzende u. a. ehrend das Hinscheiden zweier unerwählter Verbandsmitglieder, der Kollegen Jänow (Briß) und Ebert (Stettin). Letzterer gehörte schon lange Jahre dem Gaudovortrager an und war deshalb auch kein Fremder in unserm Bezirk. Des weiteren konnte er den Kollegen Sabelke (Schneidemühl) zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum beglückwünschen. Verschiederlich griff auch Gaudovortrager Reineke gelegentlich der Berichterstattung aus den einzelnen Druckereien in die Debatte ein. Erfreulicherweise wird die Zahl der Schmerzenskinder im Bezirk immer geringer. Durch rege Agitationsarbeit und nötigenfalls durch Anrufung des Arbeitsgerichts wird man auch weiterhin bemüht sein, den Mitgliedern ihre tariflichen Rechte zu verschaffen. Das gleiche gilt auch in der Lehrlingsfrage. Bei den Wahlen wurde der alte Vorstand insgesamt wiedergewählt. Eine lebhafte Diskussion setzte bei dem Punkt „Reisekosten und Spesen“ ein, die sich zugunsten der opponierenden Mitglieder löste. Bezüglich der Wahl des nächsten Tagungsortes einigte man sich nochmals auf Stargard, da der Ortsverein mit der Bezirksversammlung die Forderung seines 25jährigen Bestehens verquiden will. Soweit die auswärtigen Kollegen noch etwas Zeit und Mühe hatten, vereinigte man sich im Garten des Tagungsorts bei Unterhaltungsmusik zu einem gemüthlichen Beisammensein.

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gaudovortrager einzuziehen!

Der diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!
(Siehe Druckerverzeichnis in den Verbands-sammlungen auf den Seiten 47 bis 64.)

Witzburg. (Druck.) In unserer Versammlung am 25. August hielt Kollege Höhne (Berlin) einen Vortrag über: „Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften“. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Kollege Schmitt dankte ihm für seinen ausführlichen Vortrag und sprach den Wunsch aus, daß die Ausführungen ihre Wirkung nicht verfehlen mögen. Nach dem Vortrag wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt. Dann gab Kollege Höhne noch seine persönlichen Eindrücke von Paris zum besten, sowohl in wirtschaftlicher als auch in gewerkschaftlicher Beziehung. Auch diese interessanten Schilderungen wurden beifällig aufgenommen.

Waldenburg. (Druck.) Unsere zweite Bezirksversammlung fand in der „Bräuermühle“ zu Tannhausen statt. Kollege Guder begrüßte alle Erschienenen. Sodann erhaltete Kollege Jäkel den Halbjahresstellenbericht. Danach hielt Herr Generalvertreter Reineke einen Vortrag über „Planeta-Herzmaschinen“. Er sprach speziell über die „Kleinod“ (Beispiel) und erklärte die vielseitige Verwendbarkeit der Schön- und Winderdruckmaschine „Planeta“. Der Vortrag war unterstützt durch Druckbogen, die auf Planeta-Druck gedruckt waren. Nach einer Aussprache hielt Herr Reineke noch einen weiteren Vortrag über den Bogenanleger „Rational“. Dieser ist ein Sauganleger mit Vorder- und Rückenblättern sowie einer verstellbaren einfachen Ziehmarke. Die Sauger sind nicht federnd, jedoch wird der Bogen vor dem Anlegen durch einen federnden Finger niedergedrückt. Schließlich sprach der Referent noch über den neuen Rundstapelsauger „Kotopneu“. Bei diesem läuft das Papier von unten nach oben in einer S-Kurve dem Kippstisch zu, wo er von der Saugerlange erfasst wird. Unter „Verschiedenem“ wurde der letzte Termin der Kreiswanderung in Hirschberg kritisiert. Als Rundsendung lag der „Filmlichtdruck“ aus. — Nach dem Mittagessen fand ein gemüthliches Beisammensein statt.

Allgemeine Rundschau

Weisterprüfung. Kollege Karl Döfler (Schweizerdegen) zur Pflichten bestand vor der Handwerkerkammer zu Dortmund die Weisterprüfung mit gutem Erfolge.

Nachahmenswerkes Beispiel. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des „Wiesbadener Tagblatts“ am 1. Oktober d. J. stiftete die Firma L. Schellberg (Wiesbaden) einen Gesamtbetrag in Höhe von 50 000 M., der wie folgt zur Verteilung gelangte: 15 000 M. für besondere Unterhaltungs Zwecke, 15 000 M. an den Wiesbadener Überbühnenmeister für wohltätige Zwecke und 20 000 M. als Jubiläumsgabe an die sämtlichen Beschäftigten des Hauses. Letzterer Betrag verteilt sich auf den einzelnen wie folgt: Bis zu fünf Jahre Tätigkeit ein Extrawochenlohn und für jedes weitere Jahr Betriebszugehörigkeit 5 M. Die „Tagblatt“-Träger und -Trägerinnen wurden ebenfalls entsprechend bedacht. Außerdem veranstaltete die Firma am Abend des 1. Oktober ein gemeinsames Festessen mit Musik- und Gesangsvorträgen.

Ausstellung der Buchergilde Gutenberg im Dresdner „Volkshaus“. Zu der Zeit vom 8. bis 23. Oktober 1927 veranstaltete unsere Dresdner Ortsverwaltung im „Volkshaus“, unter Benutzung der beiden Schaufenster nach der Ribbenbergstraße eine Werkausstellung, um die Kollegen der anderen Gewerkschaften auf unsere Buchergilde aufmerksam zu machen und sie von der Gediegenheit der erschienenen Bände zu unterrichten. Die Ausstellung zu besuchen, deren Aufbau und Ausrichtung Mitglieder der Ortsgruppe Dresden im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker übernommen haben, sollte von keinem Kollegen verkannt werden. Die Ausstellung ist geöffnet von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Verzeichnisse und Verzeichnisse der bis jetzt erschienenen Bücher können dort entnommen, Anmeldungen vollzogen und Bücher an Mitglieder der Gilde abgegeben werden.

Eine neue Intertype-Matrizenfabrik in Deutschland. Nachdem die Intertype-Segmaline sich nicht nur in Europa, sondern auch in Deutschland gut einführte und heute bereits nahezu 2000 Intertype-Segmalinen in Europa in Betrieb sind, hat die Intertype-Segmalinen G. m. b. H., Berlin SW 11, die Errichtung einer eignen Matrizenfabrikation in Berlin in die Wege geleitet, die neben der Matrizenfabrik in New York ganz selbständig aufgezogen werden soll. Entsprechende Räume in der Poppestraße 10 in Berlin, nahe dem Zeitungsviertel, sind gesichert und auch die für die Fabrikation notwendigen Spezialmaschinen sind bereits bestellt. Der Betrieb soll noch in diesem Jahre eröffnet werden, so daß bereits im Frühjahr 1928 die ersten Fraktursetzungen aus der Berliner Fabrikation herauskommen werden. Von Berlin aus soll dann der gesamte Matrizenbedarf der europäischen Länder gedeckt werden, wodurch dem bereits umfassenden Intertypegeschäft ein neuer Ansporn und der Reichshauptstadt eine neue graphische Industrie gegeben werden wird. Es werden nicht nur die Schriften einer Gießerei bevorzugt werden, sondern der Schnitt von Schriften aller Gießereien ist für die Segmaline ins Auge gefaßt, für die sich die Wahl des Rubens entscheidet. Dahingehende Abmachungen sind mit den namhaftesten deutschen Schriftgießereien getroffen worden.

Normung im Bibliothekswesen. Im Rahmen des Deutschen Normenausschusses ist ein Fachnormenausschuß gebildet worden, der Normungsfragen im Bibliothekswesen bearbeiten soll. Zu diesem Fachnormenausschuß sind alle am Bibliothekswesen interessierten Kreise, die öffentlichen Bibliotheken, die Buchereien von Verbänden und Firmen, technisch-wissenschaftliche Vereine, Verleger, Buchhändler und Drucker vertreten. In verschiedenen Arbeitsausschüssen soll die Frage der Ordnungsmessung der Bibliotheken und Büchern, die Vereinheitlichung der Hilfsmittel des Bibliothekswesens (z. B. Borduren) sowie die Beschaffung einer Klassifikation beraten werden. Die Normung des Zeitschriftenformates ist bereits abgeschlossen; eine große Zahl führender technischer und wirtschaftlicher Zeitschriften erscheint bereits im DINformat A 4 (210 x 297 Millimeter). Bei den Normungsarbeiten wird besonderes Gewicht auf die Zusammenarbeit mit den ausländischen Normenausschüssen und Fachkreisen gelegt.

Zur sozialen Lage der deutschen Jugend. Die Leitung der nunmehr beendeten Ausstellung „Das junge Deutschland“ hatte einen Führer durch die Ausstellung herausgegeben, der auch nach Schluß der Ausstellung seinen Wert behauptet wird. Er enthält alle Zahlen über die Arbeits-, Urlaubs- und Wohnungsverhältnisse der Jugend und bietet für die in der Jugendarbeit tätigen Kollegen ein brauchbares Hilfsmittel. Der Führer kostet im Einzelbezug 1 M.; bei Abnahme von mindestens 10 Stück stellt sich der Preis auf 70 Pf. für das Stück. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle der Ausstellung „Das junge Deutschland“, Berlin NW 52, Schloß Bellevue, zu richten.

Fernunterricht an der Berliner Wirtschaftsschule. Wie vom Bundespräsident des ADGB mitgeteilt wird, eröffnet die Berliner Wirtschaftsschule am 15. Oktober d. J. einen neuen Fernunterrichtskursus. Die Teilnahme an diesem ist unbeschränkt, da der Unterricht sowohl der Vorbereitung zu den späteren Lehrgängen der Schule dient, wie auch als Selbstzweck gedacht ist. Für solche Gewerkschaftsmitglieder, die damit rechnen, später einmal die Schule selbst besuchen zu können, ist die Teilnahme am Fernunterricht unbedingt von Vorteil und geboten. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an die Leitung der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Berlin-Schmargendorf, Rathaus.

Lehrer und Reichsschulgeldentwurf. Vom Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Volkslehrer und Volksschullehrerinnen (im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund) in Frankfurt a. M. ging uns folgender Aufruf mit der Bitte um Berücksichtigung zu: „Wir freigewerkschaftlich organisierten Lehrer halten es für unsere Pflicht, eure Aufmerksamkeit auf die schwere Gefahr zu lenken, die dem arbeitenden Volke durch den Reichsschulgeldentwurf des Innenministers von Reußel droht. Dieser Entwurf ist eine große Gefahr für alle freihetlich gesinnten Lehrer, denn er will ihnen die einfachsten Menschenrechte nehmen: Das Recht der persönlichen Überzeugung und das Recht der freien Meinungsäußerung. Die Lehrer sollen zu Kirchendienern und Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückt werden. Aber nicht nur die Lehrer sind in Gefahr, nein, ganz besonders eure Kinder und damit die Zukunft der Arbeiterbewegung! Der Unterricht in den Volksschulen soll sich in Zukunft nicht richten nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung, sondern nach den Glaubenssätzen der verschiedenen Kirchen. Der schlimmste Feind der Arbeiterbewegung, der „Inverstand der Massen“, soll also durch das Reichsschulgeld als neue gestärkt werden. Wird das Reichsschulgeld durchgeführt, dann entstehen riesige Kosten, die natürlich von dem arbeitenden Volke aufgebracht werden müssen. Die Gefahr ist riesengroß. Die Stunde ist ernst. Nach ist das Reichsschulgeld nicht vom Reichstage beschloßen. Kämpft dafür, daß der Reichstag dieses Gesetz nicht annimmt! Ist Solidarität mit euren Kindern und euren Gewerkschaftscollegen in den Schulklassen!“

Verteuerung des Geldes. Von der Reichsbank wurde am 4. Oktober der Wechselkurs von 6 auf 7 Pro, der Lombardzinsfuß von 7 auf 8 Pro, erhöht. Diese Verteuerungsmassnahme des Geldes, die nicht ohne Nachwirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben bleiben dürfte, führte Reichsbankpräsident Schacht auf die immer stärkeren Inanspruchnahme der Reichsbank durch Kreditnehmer zurück. Die Börse reagierte auf die Erhöhung des Zinsfußes mit einem Kursrückgang von durchschnittlich 10 Pro. Vereinzelt betrugen die Kursabsätze 20 Pro. und mehr.

Zimmer weitere Abnahme der Kontursziffern. Die Entwicklung der Kontursziffern hat in Deutschland nicht immer mit der Wirtschaftslage im Einklang gestanden. Es hat Zeiten gegeben, wo die Kontursziffern trotz schlechter Wirtschaftslage sehr niedrig waren. Immerhin ist es ein gutes Zeichen für die gegenwärtige Zeit, daß die Konturs-

